

Referat Boris F.J. Collardi, Präsident VAV

Bern, 26. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist 26.01.2017, 10 Uhr

Brexit – auch für den Schweizer Finanzplatz eine Herausforderung

Sehr geehrte Damen und Herren

(Slide 1) Das JA der Briten zum Brexit liegt bereits mehr als sechs Monate zurück. Auch nach der Grundsatzrede von Premierministerin Theresa May ist nach wie vor unklar, was Grossbritannien bei den Verhandlungen mit der EU konkret erreichen kann und wie sich die Beziehungen zur EU nachhaltig ausgestalten lassen. Sicher ist aber, dass die historische Zäsur des Brexits nicht nur für Grossbritannien tiefgreifende Veränderungen mit sich bringt, sondern auch für den ganzen europäischen Kontinent – mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Schweiz und unseren Finanzplatz.

(Slide 2) Ich möchte nun vier Dimensionen des Brexit-Entscheidung beleuchten. Es sind dies: die möglichen Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der EU selbst, die mögliche Positionierung von Grossbritannien im Hinblick auf die neu zu definierende Zusammenarbeit mit der EU und die Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen der Schweiz sowohl zur EU als auch zu Grossbritannien. Im Anschluss werde ich eine grobe ökonomische Einschätzung für unseren Finanzplatz vornehmen und zu einigen Schlussfolgerungen gelangen.

(Slide 3) Für die EU und ihre Institutionen ist der Brexit eine Herausforderung existenzieller Natur. Die EU befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Situation. Die neuste Bankenrettung in Italien zeigt, dass die Finanz- und Schuldenkrise bei Weitem noch nicht überwunden ist, und die massive Immigration stellt Europa vor eine Zerreissprobe. Dies widerspiegelt sich in zunehmendem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den europäischen Institutionen. Der Entscheidung der Briten für den Brexit und der ganz allgemein zu beobachtende Trend zugunsten des Aufstiegs national-konservativer Kräfte sind ein Ausdruck davon. Vor diesem Hintergrund sind drei Grobszenarien für die Zukunft der EU denkbar – mit unterschiedlicher Bedeutung für die Schweiz:

1. **«Mehr EU»:** Die übrig gebliebenen 27 EU-Staaten schliessen die Reihen, raufen sich unter der Federführung der eher zentralistischen Kräfte rund um die «Brüsseler Administration» zusammen und beschliessen eine stärkere Kooperation auf verschiedenen Ebenen. Der Zerfall der EU soll mit allen Mitteln verhindert werden, u. a. mit einer harten Haltung gegenüber den Briten. Die Wahl von Donald Trump dürfte dieses Szenario begünstigen. Denn mit seiner protektionistischen «America first»-Politik könnten sich politische Leader aus wichtigen EU-Ländern darin bestätigt sehen, Europa wieder als geeinten politischen Block zu positionieren. Ein solches Szenario dürfte für die Schweiz nachteilig sein. Für die Schweiz als Drittland würde es schwieriger, massgeschneiderte Lösungen mit Brüssel zu finden.

2. «*EU-Flexibilisierung*»: Die mit den Brexit-Verhandlungen sichtbar werdenden unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten zwingen die EU zu einer grundsätzlichen Reform ihrer Institutionen. Um von einem zentralistischen Ansatz abzukommen und schlankere Strukturen sowie mehr Wettbewerb zu generieren, wird ein Mehrkreismodell mit unterschiedlichen Integrationsstufen und Mitbestimmungsrechten (Modell «à géométrie variable») eingeführt. In einer derartigen Konstellation könnte eine Lösung mit Grossbritannien auch der Schweiz den Weg ebnen, um ihr Verhältnis zur EU zu normalisieren und punktuell weiterzuentwickeln.
3. «*EU-Zerfall*»: Die politischen Zerreissproben innerhalb der EU spitzen sich zu. Gleichzeitig gewinnen die national-konservativen Kräfte in wichtigen Mitgliedstaaten weiter an Bedeutung und die Immigrationsproblematik bleibt ungelöst. Bekanntlich gibt es in Zentral- und Osteuropa einige Regierungsvertreterinnen und -vertreter, die Brüssel sehr kritisch gegenüberstehen. Ein schleichender Zerfall wäre nicht nur für die EU verheerend. Auch Grossbritannien und die Schweiz haben Interesse an einem stabilen, voraussehbaren und marktwirtschaftlich orientierten EU-Partner.

(Slide 4) Vor diesem heute noch unsicheren Hintergrund werden die Briten nun ihr Verhältnis zur EU neu regeln. Wie das Endresultat im wohl langwierigen Verhandlungsprozess aussehen könnte, lässt sich kaum voraussagen. Auch wenn das britische Parlament aufgrund eines Gerichtsurteils ein Mitspracherecht erhält, gehen wir davon aus, dass sich Theresa May mit ihrer Haltung «Brexit means Brexit» durchsetzen wird. Der Weg bis zum effektiven Austritt ist zwar noch lang und steinig, aber wir gehen nicht davon aus, dass – trotz aller bestehenden Schwierigkeiten – dieser Grundsatzentscheid wieder gekippt wird. Das bisherige Hin und Her sowie die präsentierten ergebnisoffenen Verhandlungsansätze seitens Grossbritanniens bereiten uns jedoch weiterhin Sorgen.

Denn über die letzte Woche enthüllten Grundsatzelemente hinaus wird nun die Britische Regierung noch konkreter aufzeigen müssen, wie sie sich das Verhältnis zur EU inskünftig vorstellt. In diesem Zusammenhang stellen sich unterschiedlichste Fragen: Soll man sich – in der beabsichtigten umfassenden Freihandelsvereinbarung mit der EU – möglichst am bestehenden EU-Recht orientieren und nur wenige strittige Punkte neu regeln oder sollen alle Elemente der EU-UK-Beziehung grundsätzlich neu definiert werden? Zu den strittigen Schlüsselthemen zählen die Steuerung der Zuwanderung, die Sicherstellung des EU-Marktzugangs für die britische Wirtschaft sowie allfällige finanzielle Beiträge an den EU-Binnenmarkt. Wichtig für den Schweizer Finanzsektor wird insbesondere sein, inwiefern die Londoner City weiterhin eine vorteilhafte Passporting- und Äquivalenzlösung zwecks Zutritt zum EU-Finanzmarkt herbeiführen kann. Dies trotz Widerspruch zum übergeordneten britischen Ziel, die Migration zu beschränken, und zu den Souveränitätsansprüchen.

Darüber hinaus stellen sich weitere Fragen: Wird London zu Kompromissen bereit sein, um das europafreundliche Schottland nicht zu verlieren? Wie stark wird Grossbritannien neue autonome Spielräume nutzen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken? Und, ganz wichtig: Wie wird die EU darauf reagieren? Jetzt vorauszusagen, in welcher Art und Weise die EU und Grossbritannien nach Brexit zusammenarbeiten werden, wäre reine Spekulation. Gewiss verfügen aber die Briten aufgrund ihres wirtschaftlichen, weltpolitischen und militärischen Gewichts über gute Karten, um mit Europa eine vorteilhafte Lösung zu verhandeln.

(Slide 5) Brexit hat für die Schweiz und damit für den Finanzplatz direkte und indirekte Folgen und wirkt sich auf die Beziehungen der Schweiz zur EU und zu Grossbritannien aus, die beide wirtschaftlich gewichtige Partner für uns sind.

Die Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner EU sind mit aktuell über 120 Abkommen relativ umfassend geregelt. Dennoch besteht in diversen Bereichen Optimierungsbedarf. Dabei sind mit dem Brexit-Entscheid die Anliegen der Schweiz auf der Prioritätenliste der EU einmal mehr nach hinten gerutscht. Zudem wird Brüssel in dieser Phase kein Präjudiz mit der Schweiz schaffen wollen, an dem sich Grossbritannien orientieren könnte. Allerdings bin ich überzeugt, dass die EU auch kein Interesse daran hat, unnötige Konflikte mit der Schweiz am Leben zu erhalten. Denn auch sie kann die wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung der Schweiz für ihre Mitgliedstaaten nicht leugnen. Bei den Finanzdienstleistungen ist uns bekanntlich ein aktiver EU-Marktzugang – so wie er für eine Exportindustrie zwingend notwendig wäre – nach wie vor verwehrt. Das kann sich auf die Dauer negativ auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuererträge auswirken. Mit der aus wirtschaftspolitischen Gründen begrüssenswert milden Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative scheint nun aber eine EU-verträgliche und nachhaltige Lösung vorzuliegen, sofern Verfassungsauftrag und Umsetzung demnächst rechtlich in Einklang gebracht werden. Dies eröffnet die Perspektive, dass sich der bilaterale Weg mit der EU fortführen und die bisher ruhende Marktzugangsdiskussion für Finanzdienstleister wieder vorantreiben lassen. Eine Lösung zwischen der EU und Grossbritannien in Marktzugangsfragen, insbesondere bei den Finanzdienstleistungen, könnte sich für die Schweiz als positives Präjudiz für die Anliegen der exportierenden Bankenbranche erweisen.

Was unsere Beziehungen zu Grossbritannien betrifft, ist das Gros durch unsere bilateralen Vereinbarungen mit der EU geregelt (AIA-Abkommen als relevantes Beispiel für unseren Sektor). Tritt Grossbritannien aus der EU aus, muss ein rechtliches Vakuum gefüllt werden, um den Status quo zu bewahren. Deswegen bemühen sich aktuell sowohl die britischen als auch die schweizerischen Behörden, diese für beide Länder sehr nachteilige Auswirkung zu vermeiden. Darüber hinaus ergibt sich bei einer Rechtsüberführung die Gelegenheit, die bilateralen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Schweiz zu intensivieren und bisher fehlende Aspekte zu ergänzen. Hier gilt es auch, den Finanzbereich und den gegenseitigen Marktzugang im Auge zu behalten.

Auch wenn es derzeit schwierig ist, mit der EU Verhandlungsfortschritte zu erzielen und eine echte Deblockade zu erwirken, sind wir nicht zur Untätigkeit verurteilt. Es gibt bereits heute Möglichkeiten, die wir nutzen müssen: Insbesondere gilt es, die Schweizer Politik der Äquivalenz mit der EU-Finanzmarktgesetzgebung gezielt voranzutreiben, damit den Banken der Marktzugang erleichtert wird. Die Schweiz befindet sich mit ihrem Gesetzgebungsprozess auf einem guten Weg. Ich denke dabei an das Kollektivanlagegesetz, das FINFRAG oder das sich nun im Zweitrat befindende Paket FIDLEG/FINIG. Ausserdem verfügt die Schweiz über jahrzehntelange Erfahrung in Bezug auf Verhandlungen mit der EU und in vielerlei Hinsicht ist die Interessenlage mit derjenigen Grossbritanniens vergleichbar, wenn es darum geht, mit einer zentralistisch geführten EU zu verhandeln. Wir würden es deshalb begrüssen, wenn London und Bern ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren würden. Auch ein Beitritt von Grossbritannien zur EFTA könnte eine neue Dynamik auf dem europäischen Kontinent auslösen.

(Slide 6) Für den Finanzplatz Schweiz dürften die wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Brexit zunächst überschaubar sein. Von der neuen «Schwäche» Londons wird man allerdings kaum profitieren. Die Schweiz hat in Finanzdienstleistungsfragen keinen Marktzugang zur EU, die Produktionskosten sind ähnlich hoch wie in der Londoner City und das regulatorische Dickicht nimmt auch hierzulande zu. Vielmehr könnten Frankfurt und vor allem Luxemburg als potenzielle Gewinner des Brexits im Finanzbereich hervorgehen. Mögliche sogenannte «quick wins» für die Schweiz bieten höchstens Anleger, die ihre Vermögen vermehrt in der Schweiz deponieren, solange noch keine

Lösung zwischen den Briten und der EU besteht. Mittelfristig sehe ich die Gefahr einer lang anhaltenden Diskussion rund um die konkrete Ausgestaltung des Brexits. Die Unsicherheiten könnten nicht nur Grossbritannien, sondern auch den ganzen europäischen Raum und damit indirekt auch die Schweiz erfassen. Dennoch: Auf lange Sicht gibt es auch intakte Chancen, dass eine EU, die sich – aufgrund des «Brexit wake-up call» – durchringen kann, ihre Strukturen zu verschlanken und sie kompetitiv zu gestalten, mehr Wachstum bringen wird. Dies ist jedoch aus heutiger Sicht sehr spekulativ.

(Slide 7) Abschliessend noch dies: Ich halte es in der aktuellen, offenen Situation mit ihren unvorhersehbaren Entwicklungen für entscheidend, dass

- Wir uns erstens – aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der EU für die Schweiz – mit ihr langfristig arrangieren können, unabhängig davon, ob uns ihre institutionelle Weiterentwicklung und ihre Zusammenarbeitsform mit Grossbritannien «gefallen» oder nicht.
- Zweitens müssen wir eng verfolgen, was mit dem Brexit passiert, wie die EU darauf reagiert und welche Lösungen sich abzeichnen. Mangels langfristiger Planungssicherheit gilt es, die Szenarien laufend zu aktualisieren.
- Es gilt drittens sicherzustellen, dass die Schweiz ihre Handlungsoptionen nicht unnötig verbaut, damit unser Land jederzeit potenzielle «windows of opportunity» auch nutzen kann.
- Viertens – und damit komme ich zum Schluss – ist es zwingend notwendig, dass wir als kleine und offene Volkswirtschaft die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stetig eigenständig optimieren und rasch an die veränderten Umstände anpassen. Ich denke dabei an Freihandelsabkommen ausserhalb Europas, eine attraktive Steuerpolitik (Abschaffung der Stempelabgaben, Unternehmenssteuerreform III), das Eindämmen des hausgemachten Regulierungsdickichts, bilaterale Marktzugänge in Finanzfragen und, zu guter Letzt, an die Abkehr von einer Vollkasko-Risikomentalität bzw. von einer Nullfehler-Toleranz in unternehmerischen Fragen. Wenn wir derart flexibel agieren, sind wir für die Herausforderungen nach Brexit gut gewappnet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Brexit – auch für den Schweizer Finanzplatz eine Herausforderung

Bern, 26. Januar 2017
Boris F.J. Collardi, Präsident

Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken
Association de Banques Suisses de Gestion
Associazione di Banche Svizzere di Gestione Patrimoniale ed Istituzionale
Association of Swiss Asset and Wealth Management Banks

VAV
ABG

Übersicht

- EU: Ungewisse Weiterentwicklung
- UK: Zusammenarbeit mit der EU neu definieren
- Beziehungen CH-EU & CH-UK: vor einem Neubeginn?
- Ökonomische Einschätzung
- Schlussfolgerungen für den Finanzplatz CH

Ungewisse Weiterentwicklung der EU

Brexit als Wake-up call für Brüssel?



3 denkbare Szenarien

1 Mehr EU

- Flucht nach vorne, Aufstellen vieler neuer Regeln zur Problembewältigung
- Getrieben durch «Brüsseler Bürokratie» & «Grande Nation»
- Drittstaaten-Regelungen als Störfaktor, konfrontative Brexit-Verhandlungsführung, für CH wenig vorteilhaft

2 EU «à géométrie variable»

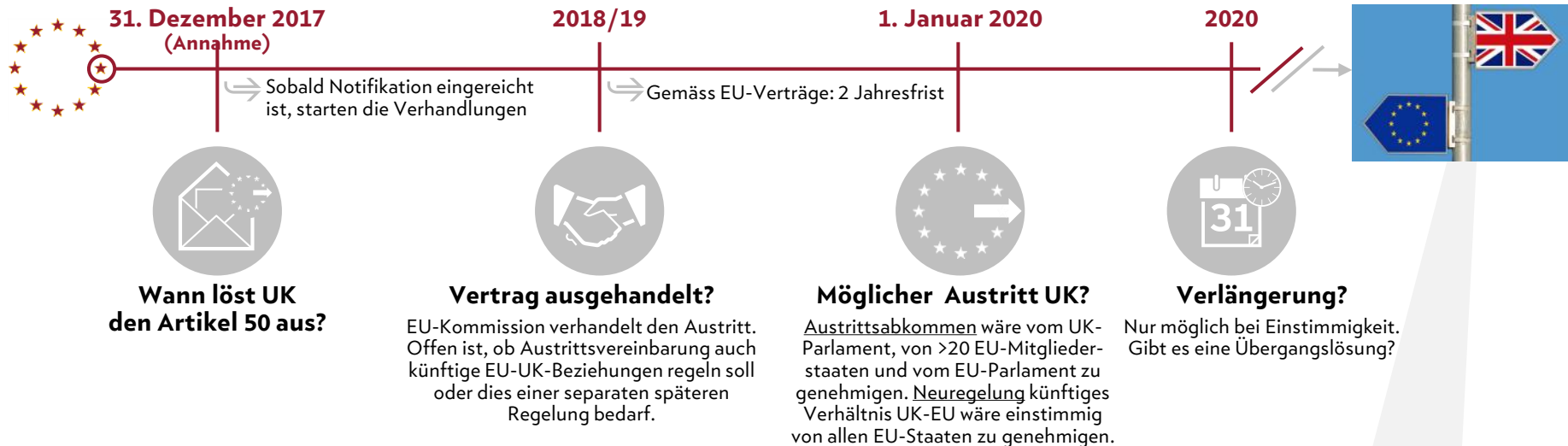
- Pragmatischer & differenzierter Modus der Zusammenarbeit angesichts nachhaltig divergierender Interessen
- Federführung: Wettbewerbs- & reformorientierte Kräfte
- Platz für gute Drittland-Lösungen (UK, EFTA, CH)

3 Schleichender EU-Zerfall

- Andauernde Unsicherheiten & Zerreißproben unter dem Druck weiter erstarkender nationalkonservativer Kräfte
- Sich zuspitzende Immigrationsproblematik, Krise ohne nachhaltige Lösung in Sicht
- Worst case für die EU, aber auch für UK und CH

UK: «Brexit means Brexit»

Noch ein langer Weg bis zum effektiven Austritt



UK-Positionierungsparameter

A

- Im Extremfall ist UK komplett ausserhalb der EU und muss alles neu vereinbaren
- Im anderen Extrem ist UK grundsätzlich inhaltlich «dabei», nur «Ausnahmen» sind zu regeln
- Fähigkeit bzw. Bereitschaft UK, «EU-freundliches» Schottland «on board» zu halten

B

- UK bestimmt wie stark neu gewonnene Spielräume genutzt werden sollen: aktive Aussenwirtschaft, kompetitive Steuerpolitik, Deregulierung,...

Schlüsselthemen mit der EU



- Politische Souveränität generell
- Insbesondere autonome Bestimmung der Immigration
- Finanzieller Beitrag an den EU-Binnenmarkt
- Sicherstellung des Marktzugangs für UK-Wirtschaft und City insb. (Passporting & Äquivalenz)

Beziehungen CH-EU & CH-UK: Vor einem Neubeginn?



Kein Neubeginn der CH-EU-Beziehungen ...

- Bereits 20 grundlegende & 100 weitere Abkommen
- Verhandlungssappetit aus CH-Sicht kaum spürbar, Banken-Exportanliegen «on hold»
- Brexit-Aufarbeitung absorbiert EU, Beziehungen zur CH in Hintergrund geraten. Kein Präjudiz mit CH im Hinblick auf Brexit-Verhandlung, aber auch kein EU-Interesse an neuem «Brandherd»
- UK-EU Modell der Zusammenarbeit allenfalls später als Modell für CH-Teilaspekte (Augenmerk FDL-Bereich)



Unsichere CH-UK-Beziehungen, aber mit Potential...

- Basieren auf Abkommen mit EU, die mit Brexit dahinfallen
- Rechtslücken/Unsicherheiten falls kein Nachfolgeregime zum Zeitpunkt des effektiven Brexits (z.B. AIA)
- Mindestens Status Quo wahren; UK offen für Abkommen in neuen Feldern, damit Brexit ein Erfolg wird

Erst mittel- bis langfristige Deblockade CH-EU heisst nicht Nichtstun:

- Äquivalenzen mit der EU vorantreiben (z.B. im Finanzbereich)
- Beziehungen und Zusammenarbeit mit UK intensivieren, Offenheit für EFTA-Beitritt

Ökonomische Einschätzung für den Finanzplatz CH

Vielseitige Effekte – keine klare Tendenz, zu viele Variablen

1

Marginale mögliche
«Quick wins» für
Finanzplatz CH

2

Für **dauerhaften EU-Marktzugang** bietet
Finanzplatz CH **keine Vorteile**: eher
Luxemburg, Frankfurt,... als Gewinner

3

Wenig Visibilität bei **Rahmenbedingungen** → **fehlende
Planungssicherheit** für Wirtschaft → EU wirtschaftlich eher schwächer →
auch **negative Auswirkung für CH als Exportnation** (inkl. Finanzplatz)

4

Allfällige **effizientere «EU-Strukturen»** in Brüssel
sofern umfassende EU-Reformagenda →
wachstumsfördernd, jedoch höchst unsicher

X

X

X

Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Schlussfolgerungen für die Schweiz und ihren Finanzplatz

Autonome Spielräume nutzen & Handlungsoptionen wahren

1

Unausweichliche Verständigung mit der EU, unabhängig ihrer künftiger Ausgestaltung (EU)

2

Notwendigkeit laufender Aktualisierung der Szenarien mangels Visibilität

3

Sicherstellung von Handlungsoptionen & rasches situatives Handeln

4

Proaktive Verbesserung der Rahmenbedingungen – wo autonom möglich; Unternehmerischen Geist auf Finanzplatz CH fördern statt abwürgen